

# Satzung

der Stadt Bischofswerda zur Gestaltung und über besondere Anforderungen an bauliche Anlagen, Vordächer, Markisen, Sonnenschutzdächer, Werbeanlagen und Automaten zum Schutz des Stadt- und Straßenbildes im historischen Stadtkern der Stadt Bischofswerda

- Gestaltungssatzung -

Der Stadtrat der Stadt Bischofswerda hat auf Grundlage des § 4 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert am 29.05.2024 (SächsGVBl. S. 500) und § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) vom 11.05.2016 (SächsGVBl. S. 186, zuletzt geändert am 01.03.2024, SächsGVBl. S. 169) in seiner Sitzung am 30.09.2025 mit Beschlussnummer 111/2025 die Neufassung der Gestaltungssatzung Bischofswerda beschlossen.

## Vorbemerkung:

Die Satzung verwendet Begriffe ausschließlich in der männlichen Form. Die Begriffe gelten jedoch gleichberechtigt für Personen jeden Geschlechts.

## Abschnitt 1 - Präambel und Geltungsbereiche

#### Präambel

Die vorliegende Satzung soll unter Wahrung der baugeschichtlichen Bedeutung die städtebauliche Gestalt des historisch gewachsenen, charakteristischen Straßenbildes der Innenstadt von Bischofswerda erhalten und sichern.

Die Stadt Bischofswerda verfügt über einen historischen Stadtkern, der in seinen wesentlichen Bestandteilen sehr gut erhalten ist. Der Stadtkern mit seinen Straßenzügen eines typischen Mittelalterstädtchens mit Markplatz und Rathaus sowie Kirche als Zentrum und zentraler Ort der Stadt ist in seinem Grundriss gut erhalten. Des Weiteren sind die ehemaligen Stadtmauern ebenfalls im Stadtbild zu finden. Die Gebäude entlang der Straßenverläufe verweisen in ihren historischen Bezügen auf die jeweiligen Merkmale der verschiedenen Epochen und deren Baustile, wie beispielsweise der Renaissance, des Barock, des Klassizismus, des Jugendstils und Historismus oder der Gründerzeit.

Dabei unterliegen die Details im Ortsbild selbst jedoch stetigen Veränderungen. Dabei kann durch Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen, durch Umbau, Ausbau oder Neubau der Charakter einer Stadt erhalten und verbessert, aber auch nachhaltig gestört bzw. zerstört werden. Aufgabe der Gestaltungssatzung ist es daher, die stadtgestalterischen Qualitäten im historischen Stadtkern Bischofswerda zu bewahren und entsprechend sensibel zu entwickeln. Wichtig dabei ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung des historischen Stadtkerns und gleichzeitig eine harmonische Einfügung von möglichen Neubauten.



Aus diesem Grund sollen folgende Ziele und Zwecke sollen durch die Gestaltungssatzung erreicht werden:

- Erhalt der dichten geschlossenen Bebauung sowie der bestehenden grünen Ringstruktur,
- Erhaltung oder Wiederherstellung der aus den historischen Grundstücksgrößen überkommenen Formate,
- Erhaltung der Knicke, Vor- und Rücksprünge der einzelnen Hausfronten mit jeweils verschiedenen Grundstücksbreiten,
- Lebendigkeit und Untergliederung der einzelnen Straßen, Wege und Plätze,
- Beibehaltung der vorherrschenden Traufstellung und der Giebelstellung zu den einzelnen Straßen, Wegen und Plätzen,
- Erhaltung der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Dachlandschaft,
- Erhaltung des grundsätzlichen Baucharakters der Gebäude,
- Rücksichtnahme der Farbgebung bei Neubauten, nach Renovierung und bei Pflege vorhandener Gebäude auf die Gesamtwirkung des Straßen- und Platzraumes und hier insbesondere auf Kulturdenkmale, dominante Gebäude und unmittelbare Nachbarhäuser.
- » Wiederherstellung der historischen Baugestalt durch Verbesserung und Anpassung an historische Gestaltungselemente

#### Hinweise

Die in der Gestaltungssatzung festgeschriebenen örtlichen Bauvorschriften für den Bereich des historischen Stadtkerns Bischofswerda werden jeweils in der Begründung mit Beispielfotos, Skizzen oder Piktogrammen verständlich erläutert. Hierdurch wird die Verständlichkeit und Aussagekraft der Satzung erhöht und nachvollziehbar dargelegt.

Somit soll die vorliegende Gestaltungssatzung gleichzeitig eine Handreichung für Bauherren und Planer sein, die sich mit der Sanierung oder dem Umbau bestehender Bausubstanz oder dem Neubau von Gebäuden im Geltungsbereich der vorliegenden Satzung beschäftigen. Die Erläuterungen zu den örtlichen Bauvorschriften sollen die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten verdeutlichen und Hilfestellung bei aktuellen Bauvorhaben geben. Hierdurch soll eine harmonische Einfügung in das historisch gewachsene Stadtbild Bischofswerda ermöglicht werden, die zum Erhalt der ortstypischen Stadtstruktur beiträgt.

Der Geltungsbereich der vorliegenden Gestaltungssatzung beinhaltet Kulturdenkmäler, die gemäß § 2 SächsDSchG unter Denkmalschutz stehen und das Stadtbild prägen. Bauliche Maßnahmen an Einzeldenkmälern und Gebäuden innerhalb der denkmalgeschützten Gesamtanlage dürfen ohne eine entsprechende denkmal- schutzrechtliche Genehmigung nicht durchgeführt werden.

Kulturdenkmäler unterliegen dem sächsischen Denkmalschutzgesetz. Nach § 12 Absatz 1 des SächsDSchG darf ein Kulturdenkmal nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde

- 1. wiederhergestellt oder instandgesetzt werden,
- 2. in seinem Erscheinungsbild oder in seiner Substanz verändert oder beeinträchtigt werden,
- 3. mit An- und Aufbauten, Aufschriften oder Werbeeinrichtungen versehen werden,
- 4. aus seiner Umgebung entfernt werden,
- 5. zerstört oder beseitigt werden.

Die Gestaltungssatzung ersetzt nicht die Notwendigkeit zur Einholung der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung nach § 12 SächsDSchG bei Einzeldenkmalen, Ensembles oder Gebäuden im Umgebungsbereich eines Einzeldenkmals.



#### § 1

## Räumlicher Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieser Satzung gelten für die umrandeten Flächen des beigefügten Übersichtsplans. Als maßgebende Grenze gilt dabei die Innenkante der Umgrenzungslinie entlang der aus den amtlichen Katasterunterlagen ersichtlichen Flurstücksgrenzen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung. Bestandteil dieser Satzung ist, neben dem Satzungstext mit Begründung, auch der Plan des räumlichen Geltungsbereiches (siehe Anlage 1).

## § 2

## Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Die Satzung gilt für Um-, Erweiterungs- und Neubauten sowie sonstigen baulichen Veränderungen. Sie gilt für alle Grundstücke im Geltungsbereich, einschließlich aller baulicher Anlagen und Freiflächen. Alle Maßnahmen sollen nachfolgenden Bestimmungen so durchgeführt werden, dass die geschichtliche, künstlerische und städtebauliche Eigenart des Stadtbildes gesichert und gefördert wird. Sie gilt nicht für innenliegende Umbauten und Änderungen, die das Erscheinungsbild der baulichen Anlage in den Straßenraum bzw. vom öffentlichen Straßenraum einsehbare Bereiche nicht beeinträchtigen.
- (2) Diese Satzung gilt auch für Vorhaben, die gemäß § 61 SächsBO verfahrensfrei sind.
- (3) Bundes- und landesrechtliche Regelungen, insbesondere Bestimmungen und Anforderungen des Denkmalschutzes gehen den Bestimmungen dieser Satzung vor.
- (4) Vorhandene sowie genehmigte bauliche Anlagen, an denen äußerlich keine baulichen oder gestalterischen Veränderungen vorgenommen werden, unterliegen dem Bestandsschutz, auch wenn sie den Festsetzungen dieser Satzung widersprechen.

#### § 3

## Genehmigungsverfahren

Abweichende Ausführungen von den Festlegungen der vorliegenden Gestaltungssatzung erfordern eine Genehmigung durch die Stadt. Für die Fenster-, Türen und Tor- als auch Dachgestaltung (inklusive Photovolatikund Solaranlagen, die vom öffentlichen Verkehrsraum einsehbar sind), Markisen und Sonnenschutzdächer sowie Fassadenfarbgebung ist vor Umsetzung der Maßnahmen eine Genehmigung bei der Stadt einzuholen.

## Abschnitt 2 - Gestaltung baulicher Anlagen

#### § 4

## Allgemeine Anforderungen an die Gestaltung

- (1) Die historisch gewachsenen Straßenräume sind zu erhalten. Die bestehenden, geschlossenen Straßenfluchten sowie vorhandene Firstrichtungen sind zu erhalten bzw. bei künftigen baulichen Maßnahmen wieder aufzunehmen.
- (2) Alle baulichen Anlagen müssen sich in den historischen Charakter des Stadtkerns allgemein und in die Gestaltung im Besonderen harmonisch einfügen und innerhalb des Geltungsbereiches bereits vorhandene gestalterische Mittel, Formen, Materialien und Details aufgreifen.



#### Wertvolle Bauteile im Bestand

- (1) Die Beseitigung und der Verfall historischer Bauteile ist zu vermeiden.
- (2) Bauteile von wissenschaftlicher, künstlerischer, architektonischer, handwerklicher oder heimat- geschichtlicher Bedeutung sind zu erhalten bzw. zu bergen und möglichst standortbezogen wieder zu verwenden. Dazu zählen z. B. Torbögen, Einfriedungen, alte Haustüren im Bestand, Tor- und Fenstergewände und historische Schriftzüge.

## 4.2

## Gestaltung der Baukörper

- (1) Die Gestaltung der Baukörper ist so auszuführen, dass der jeweilige Einzelhauscharakter gewahrt und hergestellt wird. Wenn bestehende durch Abstandsflächen getrennte Gebäude baulich verbunden, zu einem Gebäude zusammengefasst oder durch Neubau ersetzt werden, sind die bisherigen Hausbreiten zu erhalten oder wiederherzustellen.
- (2) In der historischen Innenstadt innerhalb der geschlossenen Bebauungsstruktur sind die Gebäude straßenseitig in der Bauflucht und grenzseitig an den seitlichen Grundstücksgrenzen zu errichten. Eine Abstandsfläche ist somit nicht erforderlich (geschlossene Bebauung). Die Stellung der Gebäude bei Neubebauung hat sich nach dem ursprünglich historischen Bestand zu richten.

#### § 5

## Straßenseitige Fassade

### 5.1

## Türen und Tore

- (1) Türen- und Toröffnungen sind aus der Maßstäblichkeit und Proportion des Gebäudes zu entwickeln und im stehenden Format auszubilden. Die Lage der Türen und Tore in der Öffnung sollen eine Leibungstiefe von mindestens 15 cm aufweisen.
- (2) An Haus- und Ladeneingängen sind Türen zu verwenden, die mit der Architektur des Hauses in Einklang stehen. Sie sind nach Möglichkeit nach alten Vorbildern zu fertigen. Vorhandene alte Türen sind nach Möglichkeit zu erhalten.
- (3) Türen- oder Toröffnungen sind mit Gewände/Faschen zu versehen. Diese sind gegenüber der Fassade entweder durch Farbigkeit oder Wahl des Materials abzusetzen.
- (4) Holztüren und -tore sind möglichst zu erhalten und wieder herzustellen. Das Tür- bzw. Torblatt ist in Holz oder in holzimitiertem Kunststoff, vorzugsweise in Kassettenoptik, Metall oder Glas herzustellen. Für Ladeneingänge können Glas-Metall-Türen oder Ganzglastüren verwendet werden. Tore sind in ihren Sichtflächen aus Holz auszuführen. Hoftore sind aus Holz, holzimitiertem Kunststoff oder als einfache Gittertore, vorzugsweise in Schmiedeeisen herzustellen.

#### 5.2

### **Fenster**

(1) Jede Fassade muss oberhalb des Erdgeschosses und bei Wohneinheiten im Erdgeschoss als flächige Lochfassade ausgebildet werden, wobei der Wandteil größer als der Öffnungsteil sein muss. Fenstergrößen sind aus der Maßstäblichkeit des Gebäudes zu entwickeln. Öffnungen sind als stehende Rechtecke



- (keine Sonderformen) auszubilden. Durchgehende Fensterbänder sind unzulässig. Zwischen Fenstern ist eine Wand- und Pfeilerstärke von mindestens 40 cm einzuhalten.
- (2) Mit Ausnahme der Schaufenster sind ungeteilte Glasflächen über 0,50 m² nicht zulässig. Einzelfenster sind in allen Geschossen mit einer Unterteilung durch Fensterhölzer oder Sprossen herzustellen. Vorhandene historische Fenstersprossungen sind nach Möglichkeit beizubehalten. Innenliegende Gliederungselemente (z. B. Goldsprossen) sind nicht zulässig. Die Lage der Fenster in der Öffnung sollen eine Leibungstiefe von mindestens 10 cm aufweisen.
- (3) Die Fensterrahmen sind in Abstimmung mit der Farbgestaltung der Fassade auszuführen. Es sind Einzelfenster aus Holz einzubauen. Sofern keine Denkmalschutzbelange entgegenstehen, kann mit Kunststoffen oder Metall eine dem Holz nachempfundene Bauweise zugelassen werden. Verspiegeltes Fensterglas ist unzulässig.
- (4) Fensteröffnungen sind mit Gewänden in Naturstein oder als umlaufende Putzfaschen einzufassen. Diese sind gegenüber der Fassade entweder durch Farbigkeit oder Wahl des Materials abzusetzen. Zulässig sind auch Stuck oder gemalte Elemente, die auf das architektonische Gesamterscheinungsbild Bezug nehmen.
- (5) Fensterbänke sind in Abstimmung mit der Farbgestaltung der Fassade und Fensterrahmen auszuführen. Der Überstand der Fensterbank darf dabei maximal 5 cm betragen. Glänzendes oder poliertes Material (wie. z. B. polierter Granit) ist nicht zulässig.

## Fensterläden, Rollläden und Außenjalousien

- (1) Fensteröffnungen können mit zweiflügligen Klappläden versehen werden. Vorhandene Klappläden sind zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Dabei ist die Gestaltung der originalen Fensterläden zu übernehmen. Die Fensterläden sind aus Holz oder holzimitierenden Kunststoffen zu fertigen.
- (2) Rollläden und Außenjalousien, die der Verdunklung oder dem Sonnenschutz dienen, sind als in der Fassade zurückgesetzte oder integrierte Bauteile zulässig. Nicht zulässig sind aus der Fassade herausragende, nachträglich angebaute Rollläden und Außenjalousien. In ihrer Farbigkeit sind sie der Fensterrahmen anzupassen.

#### 5.4

#### **Schaufenster**

- (1) Für Gewerbeeinheiten in den Sockelgeschossen der Wohn- und Geschäftsbauten sind Schaufenster zulässig. Größe und Proportionen sind auf das Gebäude und seinen Maßstab abzustimmen und müssen mit den übrigen Wandöffnungen harmonieren.
- (2) Die Gliederung der Fensterelemente ist im stehenden Format auszubilden und soll durch konstruktive Elemente (Pfosten, Pfeiler, Lisenen, Pilaster) unterteilt werden. Es soll ein Wandanteil neben den Schaufensterflächen im Sockelgeschoss verbleiben.
- (3) Schaufenster müssen, gemessen von der Oberkante des anliegenden Fußgängerbereiches, eine mindestens 20 cm hohe Brüstung haben. Die Lage der Fenster in der Öffnung soll eine Leibungstiefe von mindestens 10 cm aufweisen. Schaufenster sind mit Gewänden oder Faschen zu versehen.
- (4) Schaufensterrahmen sind hinsichtlich Farbe und Materialität in Abstimmung der Fassade und Fenster auszuführen. Es sind Schaufenster aus Holz, Metall oder holzimitierendem Kunststoff zulässig.
- (5) Für die Schaufenster bzw. Auslagen leerstehender Gewerbeeinheiten sollen durch den Eigentümer temporäre grafisch-künstlerische Gestaltungslösungen und Zwischennutzungen eingerichtet werden. Eine vollständige Verbretterung bzw. Verklebung oder Störung des historischen Stadtbildes ist unzulässig. Für Werbeanlagen gilt Abschnitt 3 der vorliegenden Satzung.



#### Markisen und Sonnenschutzdächer

- (1) Im Geltungsbereich sind nur bewegliche Sonnenschutzdächer zulässig. Nach Länge und Form müssen sie der Gliederung des Gebäudes, insbesondere des Erdgeschosses angepasst sein.
- (2) Feststehende starre Markisen, Korbmarkisen und Markisen mit Seitenteilen sind nicht zulässig.

#### 5.6

#### Fassaden-Materialen

- (1) Die Fassaden (inkl. Brandwänden und Giebel) sind als glatte Putzfassaden auszubilden. Natursteinelemente aus ortstypischen Material und Stuck als Schmuckelemente sind zulässig. Die Fassaden können begrünt werden.
- (2) Materialien wie Sichtbeton, Waschbeton, strukturierte Betonflächen, Kunststoff- und Metallfassaden, Fliesen und Platten (z.B. Eternit oder Alucobond), Glasbausteine und Glaselemente, Folien und jegliche Materialimitation als Außenwandbekleidung sind, außer sie sind im historischen Bestand erhalten, unzulässig.
- (3) Im Sockelbereich sind Abweichungen zulässig.

#### 5.7

## Farbliche und materielle Gestaltung

Die Fassaden- und Gestaltungselemente

- Türen und Tore,
- Fenster.
- Schaufenster,
- Fensterläden, Rollläden und Außenjalousien,
- Dächer,
- Fassadenfarben,
- Werbeanlagen und Einfriedungen

sind hinsichtlich Farbigkeit und Materialität harmonisch aufeinander abzustimmen. Die farbliche Gestaltung der Fassaden von Gebäuden und baulichen Anlagen, einschließlich der künstlerischen Gestaltung, haben sich in die umgebende Bebauung zu integrieren.

## 5.8

## Vordächer und Überdachungen

Vordächer sind im Erdgeschoss der Gebäude zulässig, wenn die Auskragung maximal 80 cm beträgt. Sie sind nach Art und Form in Abstimmung mit der Fassade auszuführen und haben sich harmonisch ins Gesamtbild der Fassade zu integrieren. Bei Vordächern und Sonnenschutzdächern sind, wenn sie vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, grelle Farben oder glänzende Materialien und Materialien aus Kunststoff nicht zulässig.

#### 5.9

## Erker, Auskragungen, Loggien und Balkone

(1) Zur Gliederung der Fassade sind straßenseitig Erker und Auskragungen ab dem ersten Obergeschoss zulässig. Diese aus der Fassade auskragenden Elemente dürfen bis zu 1/3 der Geschossbreite umfassen und



- maximal 75 cm in den Straßenraum ragen. Loggien sind zulässig, wenn durch sie der geschlossene Fassadeneindruck nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Balkone und bodentiefe Fester sind nur an der rückwärtigen vom Straßenraum nicht einsehbaren Seite zulässig.

#### Technische Anbauten und Hausnummern

- (1) Hauseigene Briefkästen und Klingelanlagen sowie Anlagen der Sicherheitstechnik sind einheitlich zu gestalten und am Gebäude oder in Mauern zu integrieren oder aufzusetzen. Sie müssen sich in Größe oder Gestaltung der Fassade unterordnen und farblich auf die Fassadenfarbe abgestimmt sein. Bei freistehenden Gebäuden sind Ausnahmen zulässig.
- (2) Hausnummern sind nur als Einzelzahlen in Metall oder als Hausnummernschild in Emaille, Aluminium, Keramik oder optisch ähnlichem Material anzufertigen.

#### 5.11

## Aufzuganlagen und Rampen

- (1) Außenaufzüge und Rampen, die die barrierefreie Zugänglichkeit von Gebäuden ermöglichen, sind zulässig.
- (2) Außenaufzüge haben sich gestalterisch an die Fassade anzupassen. Ihre Aufbauten und Gehäuse sowie deren andere technische Anlagen dürfen den First nicht überragen und sind in der Form und dem Material der Dachlandschaft anzupassen.

#### § 6

## **Dachlandschaft**

#### 6.1

## Dachform, Art und Nebengebäude

- (1) Alle Hauptgebäude sind mit geneigten Satteldächern zwischen 40° und 60° oder Mansarddächer zu errichten. Ausnahmen sind nur in historisch begründeten und belegbaren Einzelfällen zulässig. Steht der First senkrecht zur Straße, so muss die Dachneigung der beiden Dachflächen gleich sein. Walmdächer, Krüppelwalme und unterschiedliche Dachneigungen können in begründeten Einzelfällen zugelassen werden
- (2) Die Dächer sollen schattenbildende Dachüberstände an der Traufe von mindestens 20 cm und höchstens 40 cm erhalten.
- (3) Für Nebengebäude und untergeordnete Anbauten zur Wohnraumvergrößerung sind Pult- bzw. Flachdächer zulässig.

#### 6.2

## Material und Farbe der Dacheindeckung

(1) Als Dachdeckung sind Ziegel in dunkelroten bis bräunlichen und anthrazitfarbenen Farbtönen, ausnahmsweise Naturschiefer und Bleche im Kleinformat zulässig. Das Dach eines Gebäudes ist einheitlich einzudecken.



- (2) Glatte oder gewellte Platten, Schindeln aller Art, Faserzementplatten (Kunstschiefer), Dachpappe oder Folien Muster oder Schriftzüge auf Dachflächen, glasierte Dachziegel sowie Großformate sind unzulässig, soweit der historische Befund nicht eine andere Ziegelform oder ein anderes Material vorgibt. Als Ausnahmen sind bei besonderen Bauteilen (z. B. Dachreiter) die Verwendung von Kupfer oder Zink zulässig.
- (3) Auf Nebenanlagen sind Ausnahmen hinsichtlich Dacheindeckung und Dachbegrünung zulässig.

#### Dachaufbauten

- (1) Straßenseitige Dachaufbauten sind zulässig, wenn sie in Ausbildung, Proportion und Gliederung auf die Fassade Bezug nehmen und das Orts- und Straßenbild nicht verfremden. Der Charakter einer geschlossenen Dachfläche als Raum ist beizubehalten.
- (2) Gauben dürfen die Dachtraufe sowie den First des Gebäudes nicht durchschneiden, eine Gaube nicht durchgängig die gesamte Breite des Hauptgebäudes einnehmen und sie darf in ihrer Anordnung nicht verspringen. Sie sind nur zulässig, wenn sie die gleiche Art, Breite und Höhe innerhalb des Daches aufweisen. Mindestens 80 % der Frontseite der Dachgaube sind durch
- (3) Glas- und Rahmenflächen des Fensters zu füllen.
- (4) Zwerchhäuser sind zulässig, wenn sie als deutlich untergeordneter Teil des Hauptbaukörpers ausgebildet werden.

#### 6.4

#### Dacheinschnitte und Dachflächenfenster

Liegende Dachfenster zur Belichtung von Aufenthaltsräumen sind ausnahmsweise zugelassen, wenn Dachtraufe sowie der First des Gebäudes nicht durchschnitten werden, sie in ihrer Anordnung nicht verspringen und der Charakter einer geschlossenen Dachfläche beibehalten wird. Loggien in der Dachhaut sind unzulässig.

### 6.5

#### Dachterrassen

- (1) Dachterrassen sind zulässig. Die Absturzsicherung sollte sich hinsichtlich Materialität mit in die Fassade integrieren oder aus der Fassade als hochgezogene Absturzsicherung ausgebildet werden.
- (2) Dachterrassen auf Nebengebäuden sind zulässig, wenn sie einschließlich ihrer Brüstungen, Geländer etc. mindestens 1,50 m unterhalb der Traufhöhe der angrenzenden Hauptgebäude bleiben.

## 6.6

## **Technische Aufbauten**

- (1) Alle technischen Einrichtungen, Schneefanggitter und Bleche sind auf das notwendigste Mindestmaß zu beschränken. Dabei ist sicherzustellen, dass gesetzliche Vorgaben und Sicherheitsanforderungen trotz der Reduzierung erfüllt bleiben.
- (2) Schornsteinköpfe müssen sich hinsichtlich Materialität und Farbe an der verwendeten Dacheindeckung orientieren. Edelstahlrohre oder anderweitig sichtbare Rohre sind nur an der rückwärtigen vom Straßenraum nicht einsehbaren Seite zulässig.



### 6.6.1.

## Antenne, Satellitenempfänger und Funkmasten

- (1) Pro Gebäude ist nur eine Antenne, Satellitenempfänger oder Funkmastanlage zulässig. Sie dürfen die Dachlandschaft nicht beeinträchtigen und sind, soweit es eine zumutbare Empfangsqualität erlaubt, an einer vom öffentlichen Raum abgewandten Dachfläche anzubringen.
- (2) Soweit der Anschluss an Gemeinschaftsanlagen oder Kabelanlagen technisch möglich ist, sind Außenantennen, Satellitenempfänger, Antennen und Funkmasten nach Absatz 1 unzulässig.

## 6.6.2.

#### Photovoltaik und Solarthermie

Anlagen zur Nutzung von Sonnen- und Umweltenergie sind zulässig, wenn sie dem historischen Charakter des Gebäudes und der Umgebung gestalterisch untergeordnet sind und das Bild der Dachlandschaft vom öffentlichen Verkehrsraum aus nicht beeinträchtigen. Je Dachfläche ist eine zusammenhängende Anlage (kein Versprung innerhalb der Dachfläche) zulässig. Für jede Anlage ist eine Einzelfallprüfung für Sichtflächen im Straßenraum durchzuführen. Windkraftanlagen sind unzulässig.

#### § 7

## Einfriedungen

- (1) Vom öffentlichen Straßenraum sichtbare Grundstückseinfassungen dürfen durch Mauern, Tore oder Zäune sowie Hecken erfolgen. Die Einfriedungen sind in Höhe, Farbe und Material an das dazugehörige Gebäude und an die Bebauung des Nachbargrundstücks anzupassen. Es sind Einfriedungen, die der Stadttypik entsprechen, auszubilden. Die Höhe darf 1,50 m nicht überschreiten.
- (2) Sogenannte Jägerzäune, Stabmattenzäune, Maschendrahtzäune, Gabionen, Betonzäune, Sichtbetonmauern und Pflanzsteine, Baumarktmodule/Sichtschutzwände sind nicht zulässig.
- (3) Um eine geschlossene Raumkante wieder herzustellen, sind ausnahmsweise höhere Einfriedungen zulässig.

#### § 8

## Private Freiflächen

#### 8.1

## Kfz.-Stellflächen und Garagen

- (1) Freistehende Garagen mit ihren Einfahrten sind in den Straßenfronten bestehender Gebäude nicht zulässig.
- (2) Garagen oder überdachte Stellplätze sind zulässig
  - innerhalb von abgeschlossenen Höfen,
  - als Gemeinschaftsanlage in Blockinnenbereichen sowie
  - im baulichen Zusammenhang bei Neubauten.
- (3) Garagen sind entsprechend § 5.6 Fassaden-Materialen auszuführen und in Form und Gestalt auf das Hauptgebäude abzustimmen.



## Freiraumgestaltung privater Freiflächen

- (1) Hofeinfahrten, Stellplätze und Zufahrten können, soweit vom öffentlichen Straßenraum einsehbar, in wasserdurchlässigen Naturstein- oder Betonpflaster mit großem Fugenmaß, als wassergebundene Wegedecke sowie geschotterte Fläche ausgeführt werden. Asphaltierte und betonierte Oberflächen sind unzulässig. Ortstypische, regionale Materialien sollen Verwendung finden.
- (2) Freiflächen sind gärtnerisch zu begrünen und anzulegen. Die Pflanzen sind zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Die vollständige Versiegelung von Flächen sowie reine Kiesgärten sind unzulässig. In Vorgärten und auf sonstigen Freiflächen können für Bäume und Gehölze stadtklimaangepasste Arten verwendet werden. Vorschläge können der Pflanzliste (siehe Anlage 2) entnommen werden.

#### 8.3

## Mülltonnenstandplätze

Stellplätze für Abfallsammelbehälter, die permanent im Straßenraum vorgehalten werden, sind mit ortsfesten Anlagen (Mauern, Zäune, Umhausungen oder dichter Heckenbepflanzung) einzuhausen, sodass diese Stellplätze nur in Ausnahme von einer Seite einsehbar sind.

#### 8.4

## Sonstige Anlagen

Anlagen wie Wärmepumpen, Klima- oder Entlüftungsanlagen sind am straßenseitigen Fassadenbereich bzw. vom öffentlichen Raum sichtbar nicht zulässig.

## Abschnitt 3 - Werbeanlagen einschließlich Warenautomaten

#### § 9

## Allgemeine Anforderungen

- (1) Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.
- (2) Als Art der Werbeanlage sind zulässig:
  - Schriftzugwerbung auf der Fassade im Brüstungsbereich des ersten Obergeschosses,
  - Werbeausleger,
  - Schaufensteraufkleber,
  - Firmenschilder an Einfriedungen, Fassaden, Türen und Toren.
- (3) Sie müssen sich in Umfang, Farbe, Form, Werkstoff, Art der Anbringung und maßstäblicher Anordnung dem Charakter der Gebäude, an denen sie angebracht sind, der einzelnen Plätze und Straßenzüge in das Stadtbild integrieren.
- (4) Wiederholungen von gleichen Werbeanlagen sind unzulässig. Gleiches gilt für Eckgebäude, unabhängig davon, wie viel Gebäudeseiten gleichzeitig einsehbar sind. Firmenschilder sind nur in einer Größe von maximal DIN A 2 (42,0 cm x 59,4 cm) an Einfriedungen, Türen und Toren sowie an der Fassade neben dem Eingang zulässig.
- (5) Werbeanlagen, Hinweisschilder und Beschriftungen dürfen nur im Erdgeschossbereich oder in der Brüstungszone des ersten Obergeschosses angebracht werden. Eine aus mehreren einzelnen Teilen bestehende Werbeanlage muss einheitlich gestaltet werden. Dies gilt auch für die Mitwerbung von serienmäßig hergestellter Firmenwerbung.



- (6) Die Brüstungszone des ersten Obergeschosses oder die darunterliegende Gesimszone darf im Zusammenhang mit der Werbung nicht verändert oder abweichend von der übrigen Gestaltung der Obergeschosse gestrichen oder verkleidet werden.
- (7) Gestaltungselemente der Fassade, Gebäude oder Bauteile von künstlerischer, handwerklicher oder heimatgeschichtlicher Bedeutung dürfen durch Werbeanlagen in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigt werden
- (8) Wenn Werbeanlagen keine störende Wirkung entfalten, sind diese an den Fensterflächen im Obergeschoss zulässig.
- (9) Bei Aufgabe der Nutzung, Verlegung der dazugehörigen Werbestätte oder falls Anlagen ihren Werbezweck nicht mehr erfüllen, sind die Werbeanlagen vollständig zu entfernen.

#### § 10

## Größe und Ausrichtung

#### 10.1

#### Größe

- (1) Die Länge von Werbeanlagen darf höchstens 2 / 3 der Gebäudelänge in der zulässigen Werbezone einnehmen und ist auf die Proportionen der Fassade abzustimmen. Von Gesimsen und Gebäudekanten sowie einzelnen prägnanten Architekturelementen, wie Gesimse, Erker, Pfeiler oder Ecken ist daher ein ausreichender Abstand einzuhalten.
- (2) Die Höhe der Werbeanlage muss der Proportion des Gebäudes entsprechen und darf maximal 50 cm betragen. Einzelne Buchstaben oder Zeichen (Logos) können bis zu 60 cm hoch sein.
- (3) Werbeausleger dürfen nicht weiter als 100 cm in den öffentlichen Straßenraum ragen und sind so anzubringen, dass die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird. Sie dürfen eine Größe von max. 0,60 m² aufweisen mit einem Wandabstand von 15 cm und einer Dicke von maximal 10 cm.

## 10.2

## Art der Werbeanlage

- (1) Waagegerechte Beschriftungen sind in folgenden Ausführungen möglich:
  - als gemaltes Schriftband, beklebtes Schild oder als Einzelbuchstabenschrift unmittelbar auf die Hauswand.
  - als unmittelbar auf die Hauswand aufgesetzte Schrift aus Einzelbuchstaben,
  - als hinterleuchtete Schrift aus Einzelbuchstaben oder gemaltes Schriftband,
  - als Schrift mit indirekter Beleuchtung durch Lichtspots auf die Werbezone.
- (2) Senkrechte Werbeanlagen sind nur als auf die Hauswand aufgemalte Schriften zulässig, wenn sie den Charakter der Fassade nicht stören.
- (3) Ausleger sind zulässig, wenn sie handwerklich gestaltet sind und sich in Materialgebung und proportionaler Maßstäblichkeit der Umgebung anpassen. Das Anbringen ist in besonders begründeten Ausnahmefällen auch oberhalb des Erdgeschossbereiches zulässig.
- (4) Das Zukleben, Zustreichen oder Zudecken von mehr als 30 % einer Schaufensterfläche sowie sonstiger Fenster und Türen mit und ohne Werbung ist unzulässig. Bei befristet angebrachten Schaufensteraufklebern (Länge der Befristung 2 Monate), darf die Fläche pro Einzelschaufenster maximal 50 % betragen.
- (5) Werbeanlagen als gespannte Planen oder Transparente sind nur zeitlich befristet (maximal einen Monat) zulässig.



## Farbe und Beleuchtung

Werbeanlagen mit wechselndem und beweglichem Licht sowie elektronische Lichtlaufbänder und Neonleuchtschriften, aus beweglichen Teilen bestehende Werbeelemente und Fahnen über 70 cm Breite und 2,50 m Länge als ständige Werbeträger sind unzulässig.

#### § 11

#### Warenautomaten

Warenautomaten an Außenwänden im Straßenraum sind unzulässig.

## § 12

#### Werbeaufsteller

Freistehende, transportable Werbeaufsteller (Größe bis DIN A 0), die während der Geschäftszeiten aufgestellt werden, sind zulässig. Die Regelungen der Sondernutzungssatzung bleiben davon unberührt.

## Abschnitt 4 - Öffentlicher Raum

#### § 13

## Stadtmöblierung

Ein einheitliches Bild im Geltungsbereich der Gestaltungssatzung hinsichtlich Stadtmöblierung und Freiraumgestaltung ist anzustreben.

#### § 14

## Freiraumgestaltung öffentlicher Freiflächen

- (1) In Freiflächen können bei Neupflanzungen stadtklimaangepasste Arten verwendet werden. Vorschläge zur Art können der Pflanzliste (siehe Anlage 2) entnommen werden.
- (2) Großgehölze sind in großzügigen naturbelassenen und wasserdurchlässigen Baumscheiben oder Pflanzkübeln zu pflanzen.
- (3) Mobile Begrünungselemente wie z. B. vertikale Wandelemente oder mobile grüne Zimmer sind zulässig.

## § 15

## Freiraumgestaltung gewerblich genutzter Freiflächen

Die Gestaltung der gewerblich genutzten Freiflächen (z. B. Biergärten) muss sich in Farbe, Form und Werkstoff dem Charakter der einzelnen Plätze, Straßenzüge und Gebäude (inkl. ihren Fassaden) anpassen. Es ist nicht zulässig, den Gehweg, die Straße oder den Platz mit Belägen (z. B. Teppichen), Podesten oder Überbauten zu verdecken.



#### § 16

## Beleuchtung

Neue Beleuchtungselemente sollen sich in Art, Farbe und Form an den bereits bestehenden orientieren und integrieren.

#### § 17

#### Sitzbänke

Neue Sitzgelegenheiten sollen sich in Art, Farbe und Form an den bereits bestehenden orientieren und integrieren. Mobile Sitzmöglichkeiten, auch in Kombination mit Bepflanzungen oder mit integriertem Wasserreservoir für Gehölze u. a., sind zulässig.

### § 18

#### **Fahrradständer**

- (1) Neue, fest installierte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sollten sich an die bereits bestehenden in Art und Form anpassen.
- (2) Portable Abstellmöglichkeiten vor Geschäften sind zulässig. Die Festsetzungen der Sondernutzungssatzung bleiben unberührt.

#### § 19

#### Ladesäulen E-Mobilität

Ladestationen für E-Bikes sind, auch in Kombination als Fahrradbügel mit Ladestation, zulässig, wenn sie sich in das Stadtbild einfügen nicht nur als Werbeträger zu fungieren. Die sich darauf befindenden Werbeanlagen haben sich in Größe, Art und Form zu reduzieren.

## **Abschnitt 5 - Sonstige Vorschriften**

#### § 20

## **Abweichungen**

- (1) Abweichungen von den Bestimmungen dieser Satzung regeln sich nach § 67 der Sächsischen Bauordnung. Abweichungen werden von der zuständigen Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt und bei verfahrensfreien Vorhaben gemäß § 61 der Sächsischen Bauordnung nur von der Stadt zugelassen.
- (2) Abweichungen dürfen nur zugelassen werden, wenn die Zielsetzung dieser Satzung nicht gefährdet wird.
- (3) Abweichungen von den Bestimmungen dieser Satzung sind gesondert schriftlich zu beantragen.

#### § 21

## Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 87 Absatz 1 Nummer 1 SächsBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - 1. die baulichen Maßnahmen ohne vorherige Genehmigung der Stadt nach § 3 der vorliegenden Satzung ausgeführt hat,
  - 2. die gestalterischen Anforderungen aus dem Abschnitt 2 bis 4 dieser Satzung nicht einhält,



- 3. einer vollziehbaren schriftlichen Anordnung der Bauaufsichtsbehörde zuwiderhandelt, die aufgrund dieser Satzung erlassen worden ist, sofern die Anordnung auf die Bußgeldvorschrift verweist.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 87 Absatz 3 SächsBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 EUR geahndet werden.

#### § 22

## Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Gestaltungssatzung vom 01.06.2007 außer Kraft.

Vor Inkrafttreten dieser Satzung eingeleitete Verfahren sind nach der bisherigen Gestaltungssatzung vom 01.06.2007 weiterzuführen. Die materiellen Vorschriften, die durch diese Satzung geändert werden und den Adressaten der Satzung begünstigen, sind auch auf die vor Inkrafttreten dieser Satzung eingeleiteten Verfahren anzuwenden.

Die Satzung und die Anlagen werden hiermit ausgefertigt.

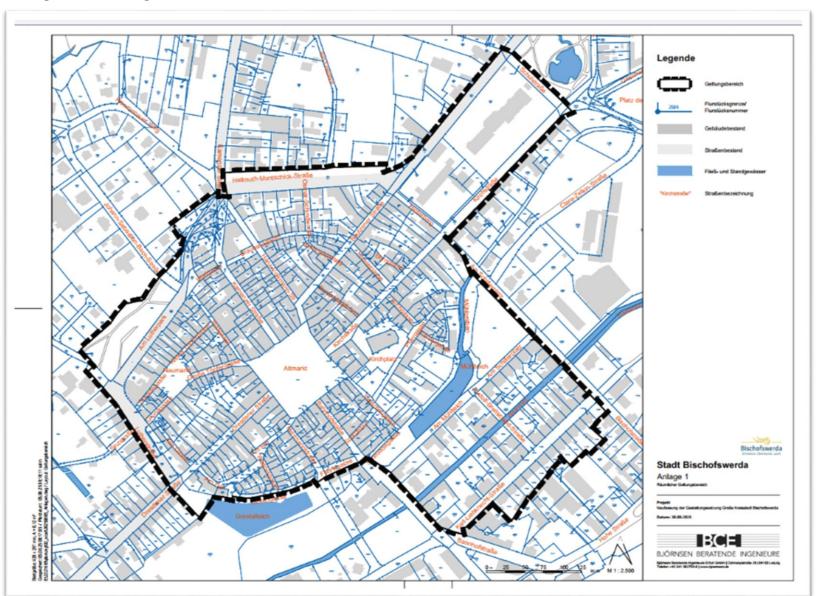
Bischofswerda, 27.10.2025

Prof. Dr. Große Oberbürgermeister





## Anlage 1 - Geltungsbereich





## Anlage 2 - Pflanzenauswahlliste

## Pflanzenauswahlliste standortgerechter, großkroniger Bäume:

- Acer platanoides Spitz-Ahorn,
- Ginkgo biloba Gingko,
- Gleditsia japonica Japanische Gleditschie,
- Platanus × acerifolia Ahornblättrige Platane,
- Populus Berliner Pappel,
- Quercus petraea Trauben-Eiche (Sorten mit höherer Versiegelungstoleranz),
- Quercus robur Stiel-Eiche (Sorten mit höherer Versiegelungstoleranz),
- Tilia cordata Winter-Linde,
- Tilia tomentosa Silber-Linde,
- Tilia × europaea Holländische Linde.

## Pflanzenauswahlliste standortgerechter, kleinkroniger Bäume:

- Acer platanoides ,Globosum' Kugelahorn,
- Amelanchier spec. Felsenbirne,
- Cornus mas Kornelkirsche,
- Corylus colurna Baum-Hasel,
- Crataegus spec. Rotdorn/Weißdorn (Baumform),
- Malus spec. Apfelbaum (Kultur- oder Wildapfel),
- Prunus spec. Kirsche/Pflaume (kleinkronige Sorten),
- Quercus robur Säuleneiche 'Fastigiata' oder 'Fastigiata Koster',
- Sorbus aucuparia Vogelbeere, Eberesche.

## Pflanzenauswahlliste standortgerechter Sträucher:

- Cornus sanguinea Roter Hartriegel,
- Coryllus avellana Gewöhnliche Hasel,
- Crataegus laevigata Zweigriffliger Weißdorn,
- Crataegus monogyna Eingriffliger Weißdorn,
- Cytisus scoparius Besenginster,
- Lonicera xylosteum Rote Heckenkirsche,
- Prunus spinosa Schlehe, Schwarzdorn,
- Prunus mahaleb Steinweichsel,
- Rhamnus carthaticus Echter Kreuzdorn,
- Ribes nigrum Schwarze Johannisbeere,
- Ribes uva-crispa Stachelbeere,
- Rosa canina Hundsrose,
- Rosa corymbifera Buschrose,
- Rosa rubiginosa Weinrose,
- Rosa tomentosa Filzrose,
- Rubus idaeus Himbeere.
- Viburnum opulus Gewöhnlicher Schneeball.



## Anlage 3 – Antrag / Nachtrag auf Genehmigung nach Gestaltungssatzung

Die folgenden Angaben werden für die ordnungsgemäße Bearbeitung des Antrages erhoben.

<u>1.</u> Gelt	ltungsbereich		
	eichnung		
Straß	ße, Hausnummer		
Geme	narkung, Flurstück		
Gerric	idi kurig, i turstuck		
2. Ant	tragsteller		
Name	ne, Vorname		
Ansch	chrift		
Telefo	fon		
E-Ma	ail		
Der A	Antragsteller ist Eigentümer des Grundstück? J	a 🗆 Nein 🗆	
3. Vorl	rhaben		
Geplar	ınte Maßnahmen (ggf. ausführliche Beschreibung i	n Anlage)	
4. Bezı	zug auf voran gegangene Anträge zum gleichei	n Objekt	
5. Anle	T		
	Lageplan / Auszug aus der Liegenschaftskarte mit Kennzeichnung des Baugrundstückes		
	Bauzeichnungen (maßstäbliche Ansichten, Grundrisse, Freiflächenplan) mit Kennzeichnung Al		
	bruch / Neubau		
	Zeichnungen / Skizzen / Detailpläne		
	Berechnung der Wohnfläche/ Gewerbefläche		
	Angabe der Grundflächenzahl, bei Neubau auch der Geschossflächenzahl		
	Nutzungskonzept		
	aktuelle Fotos (Hauptansichten, für den Antrag relevante Details)		
	Baubeschreibung mit Kostenberechnung nach DIN 276 / Ausschreibungsunterlagen / Angebote		
	von Fachfirmen		
	Sozialplan (Mieter-Vermieter-Vereinbarung) für jeden betroffenen Mieter		
	denkmalschutzrechtliche Genehmigung (soweit erforderlich)		
	Baugenehmigung (soweit erforderlich)		
	Anlage (Angaben zum Bestand und den geplanten Veränderungen)		



## 6. Erklärung des Antragstellers

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben wird versichert. Dem Antragsteller ist bekannt,
dass die Arbeiten erst nach Erteilung der Genehmigung begonnen werden dürfen. Weiterhin ist bekannt, dass
die sanierungsrechtliche Genehmigung versagt werden kann, wenn in irgendeiner Form das Erreichen der
städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsziele durch das beabsichtigte Vorhaben erschwert oder un-
durchführbar wird oder den Zielen und Zwecken der Sanierung zuwiderlaufen würde (§ 145 Absatz 2 BauGB).

Ort, Datum Unterschrift

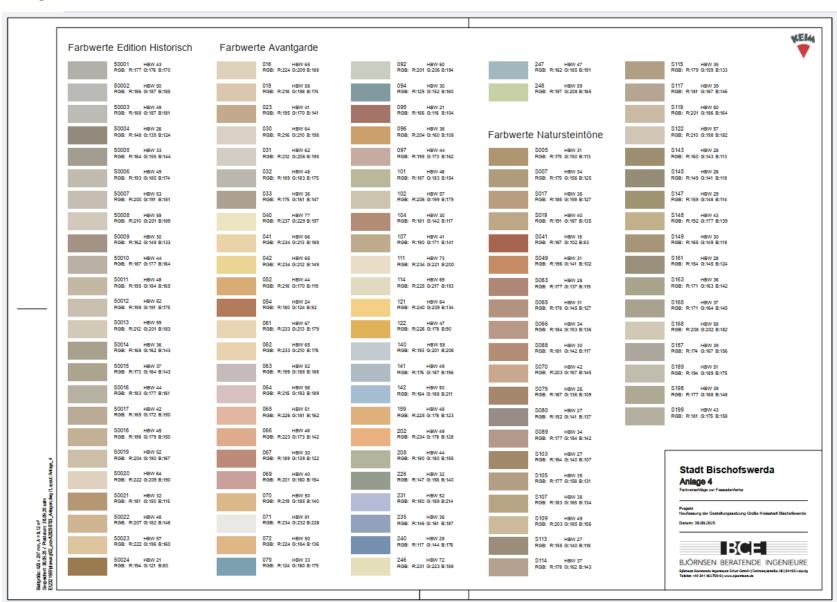


# Anlage zum Antrag auf Genehmigung nach Gestaltungssatzung .....

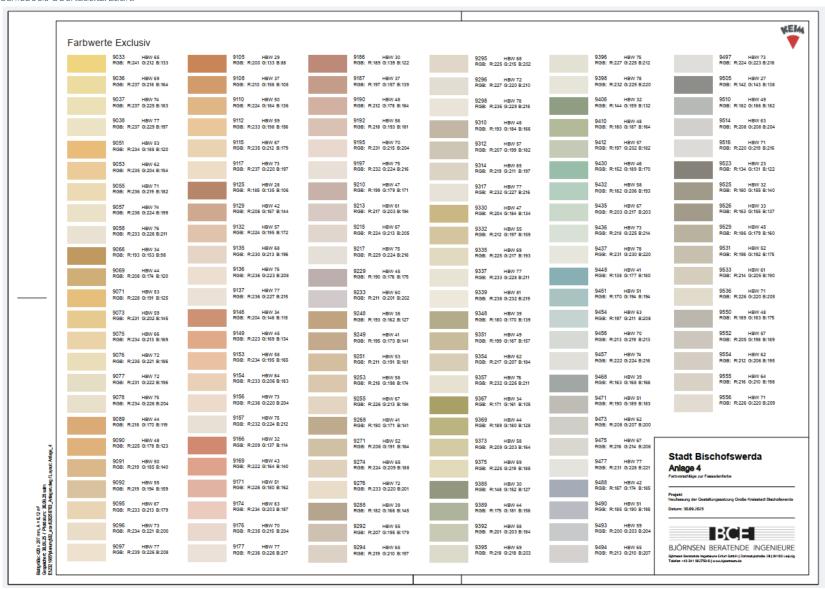
Bauteil	Bestand (Material / Farbgebung / Aus- führung)	Planung (Aufarbeitung / Erneuerung / Veränderung / Material / Farb- gebung / Ausführung / Verfah- ren)
Dachaufbauten		
Dachdeckung		
Dachentwässerung (Rinne, Fall-rohr, Verblechungen)		
Außenputz / Außenverkleidungen		
Tür- und Fenstergewände		
Türen		
Fenster (Flüglichkeit, Teilung)		
Anbauten (Windfang, Erker, Bal-kone)		
Außenanlagen		
Sonstiges		



## Anlage 4 - Farbskala









## Hinweis auf § 4 Absatz 4 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

- 1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
- 2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
- 3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
- 4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Prof. Dr. Große Oberbürgermeister